



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche
Institut für Geschichte,
Stiftung Universität Hildesheim**

Luis Durnwalder

Südtirol zwischen Regionalisierung, Nationalisierung, Europäisierung und
Globalisierung 1989-2014. Erfahrungen eines Landeshauptmanns.
21.11.2016

Zum Referenten

Luis Durnwalder wurde in Pfalzen (Südtirol) geboren. Er studierte an der Universität für Bodenkultur in Wien und besuchte parallel Seminare und Vorlesungen der Rechtswissenschaften in Wien und Innsbruck. Bereits während seines Studiums engagierte sich Durnwalder politisch als Vorsitzender der Südtiroler Hochschülerschaft. Nach seinem Studium setzte Durnwalder sein politisches Engagement zunächst im Südtiroler Bauernbund fort, deren Direktor er 1967 wurde. 1969 gewann er die Bürgermeisterwahlen in seiner Heimatstadt Pfalzen als Vertreter der Südtiroler Volkspartei, ab 1973 war er per Mandat Vertreter im Südtiroler Landtag und damit gleichzeitig im Regionalrat Trentino-Südtirol. Nach den Landtagswahlen im Jahr 1978 wurde er Mitglied der Landesregierung und übernahm in den Kabinetten V. und VI. von Silvius Magnago zunächst als Landesrat das Ressort Landwirtschaft. 1989 erfolgte seine Wahl zum Landeshauptmann. Durnwalder stand der Landesregierung in 5 Legislaturperioden bis zum Jahr 2014 vor. In den Jahren 2004–2006 und 2009–2011 übernahm Durnwalder turnusgemäß zusätzlich die Präsidentschaft der Region Trentino-Südtirol.

Vortrag

Um die Problematik der Minderheitenpolitik in Südtirol zu verdeutlichen, setzt Durnwalder seinen Vortrag mit den Gebietsneuregelungen nach dem Ersten Weltkrieg an: Nachdem Italien im Krieg zunächst als Mitglied im Dreibund auf der Seite des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns gekämpft hatte, hatte es 1915 mit dem Geheimvertrag von London auf die Seiten der Alliierten gewechselt. Nach den Vertragsschlüssen in Saint-Germain fällt das von einer großen deutschsprachigen Mehrheit besiedelte Gebiet Südtirol an das Königreich Italien. Durnwalder beschreibt die darauf folgende Assimilierungspolitik als einen Dreischritt von „massiver Nationalisierung – Majorisierung – Deportation“. Der Versuch, die Südtiroler durch rigide Verbote der Kulturausübung (z. B. Verbot der Sprache oder der Vereine) zu Italienern zu machen misslingt: Heimlich werden Schulunterricht und Brauchtum weitergeführt. Auch der Versuch, durch Ansiedlung von Italienern das Deutsche zu verdrängen und eine geforderte Autonomie dadurch für Italien zu entscheiden, ist nicht erfolgreich: Eine Industrieansiedlung erfolgt nur in der Gegend um Bozen, während die deutschsprachige Bevölkerung eher im ländlichen Raum angesiedelt ist. Im Zweiten Weltkrieg wird Südtirol zum Spielball der Politik: Das Hitler-Mussolini-Abkommen stellt die Südtiroler vor die Wahl, sich entweder für einen Verbleib in Südtirol zu entscheiden, die italienische Staatsbürgerschaft zu behalten und einer unsicheren Zukunft entgegen zu sehen (Gerüchte sprechen von einer drohenden Deportation nach Süditalien) oder ins faschistische Deutschland auszuwandern. Etwa 86% der rund 200.000 befragten Südtiroler optieren für das Weggehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hoffen zahlreiche Südtiroler, im Zuge einer staatlichen Neugründung erneut zu Österreich zu gehören. Auf Initiative der entstehenden Südtiroler Volkspartei wird für dieses Selbstbestimmungsrecht etwa 155.000 Unterschriften gesammelt. Im Zuge des Gruber-De Gasperi-Abkommens wird das Gebiet jedoch Italien zugesprochen, da – so Durnwalder – seitens der Siegermächte die Furcht bestand, in Italien könne als Folge allzu großer Gebietsabtretungen der Kommunismus erstarken. Das Abkommen sieht jedoch eine –Regelung über eine autonome Verwaltung und Gesetzgebung vor. Da sie nur aus wenigen Zeilen besteht, charakterisiert Durnwalder sie als „Absichtserklärung“. Offen bleiben beispielsweise die wichtigen Frage nach den genauen Grenzen des Gebiets, dem Inhalt und der Ausgestaltung der Autonomie. In der Tat führt in der Folgezeit die ethnische Zusammensetzung des Gebiets (die autonome Region Trentino-Tiroler Etschland besteht aus etwa 1/3 Südtirolern und 2/3 italienischsprachigen Trentinern) sowie die Furcht vor zunehmender Marginalisierung der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung zu einem erneuten Erstarken der Autonomiebewegung, zu Unruhen und schweren Attentaten. Sie gipfelt 1957 in einem Aufmarsch von etwa 35.000 Südtirolern vor Schloss Sigmundskron, in welcher die Loslösung der Provinz Bozen / Südtirol gefordert wird.

Als Österreich im Jahr 1955 seine Souveränität zurückerlangt, wird Südtirol zu einer zentralen Frage der Außenpolitik und wird 1960 auf die Tagesordnung der UNO-Verhandlungen gesetzt. Eine Einigung erfolgt jedoch nicht. An die Pariser Verträge gebunden, zeigt sich Italien zwar zu einer verbesserten Durchführung des Autonomiestatus bereit, ändert – so Durnwalder – in seiner praktischen Politik jedoch wenig, was zu erneuten Unruhen und Bombenattentaten im Land führt.

1969 wird schließlich eine wichtige Etappe erreicht, als in 157 Punkten die Autonomie detaillierter festgelegt und mit einer knappen Mehrheit von 52% angenommen wird. Die Verhandlungen zur Umsetzung ziehen sich jedoch über zwei Jahrzehnte: erst 1992 reichen Italien und Österreich die sogenannte Streitbeendigungserklärung bei der UNO ein.

Durnwalder beschreibt nach dieser historischen Einführung die drei großen Zielsetzungen, welche die Politik zum Minderheitenschutz in den nächsten Jahrzehnten verfolgt: Verhinderung der Entvölkerung, Schaffung geeigneter Ausbildungsmöglichkeiten und Verbesserung des Zusammenlebens zwischen den Volksgruppen. Verstärkt finden Maßnahmen wie Verbesserung von Infrastruktur, Verkehrsanbindung und Ausweitung der Ausbildungsmöglichkeiten dabei im ländlichen Raum statt, da hier etwa 74% der bäuerlichen Bevölkerung auf Neben- und Zuerwerb angewiesen ist. Der Dreisprachigkeit werde, so Durnwalder, in Form des Proporz Rechnung getragen: Nicht nur sei die Zweisprachigkeit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst eine Zugangsvoraussetzung, auch die Zusammensetzung der Mitarbeiter entspreche prozentual der Zusammensetzung der Volksgruppen (25% italienisch-, 5% ladinisch- und 70% deutschsprachig).

Durnwalder macht aber auch deutlich, dass die historischen Erfahrungen lange nachwirken: erst allmählich ließen Spannungen in der Gesellschaft und Sorge vor Benachteiligung nach, so dass man nun – in der dritten Generation – von einem Mit- statt einem Nebeneinander sprechen könne. Damit habe man, so Durnwalder, den Beweis angetreten, dass durch die Übertragung von Verantwortung in Form von Selbstverwaltung der Minderheitenschutz in Regionen erfolgreich gelöst werden können. Obgleich er betont, dass Südtirol nicht „das“, sondern nur „ein“ Beispiel eines möglichen Weges sei, der Kraft, Nerven und Ausdauer erfordere, beendet der Referent seinen Vortrag mit einem Appell für einen positiven Wettbewerb der Regionen in Europa.

Auszüge aus der Diskussion

Frage:

Sie sind für Ihre Bürgernähe bekannt. Wie hält man es aus, über 25 Jahre lang täglich von 6-8 Uhr eine Bürgersprechstunden abzuhalten? Und empfinden die Landesräte dies eventuell auch als autoritär?

Antwort:

Wenn man einmal diese Art von Nähe aufgebaut hat, dann muss man seinen eigenen Politikstil auch konsequent weiterführen. Ich habe es gern getan und daher auch nie als Belastung empfunden. Selbstverständlich ist nicht alles gut und richtig, was man gemacht hat und selbstverständlich gibt es immer wieder einmal Reibereien, im Großen und Ganzen haben sich die Landesräte von meinem Verhalten aber nicht angegriffen gefühlt. Schließlich habe ich ihnen nie verboten, Ähnliches zu tun.

Frage:

In Südtirol gilt die 90%-Regelung, das heißt, 90% aller Steuern des Landesgebiets fließen in die Landeskasse. Gibt es ähnliche Regelungen für die anderen Provinzen Italiens?

Antwort:

Die 90%-Regelung gilt nur für Südtirol, d. h., Trient und Bozen, nicht aber beispielsweise für Sizilien, Sardinien, friauljulich Venetien oder das Aostatal. Von den 19 italienischen Regionen haben sie diese Sonderautonomien, es gibt aber jeweils unterschiedliche Regelungen über die Zuständigkeiten, die sich prozentual auf die Steuereinnahmen auswirken, etwa im Bereich der Bildung, der sanitären Versorgung oder der öffentlichen Verwaltung.

Frage:

Welche Prognose wagen Sie zum anstehenden Plebiszit in Italien und dem damit gegebenenfalls verbundenen Rücktritt von Matteo Renzi?

Antwort:

Die anstehende Verfassungsreform will den Senat abschaffen und den Regionen ohne Sonderstatut die ihnen 2001 gewährten Zuständigkeiten wieder nehmen. So entsteht ein neuer Regionalismus, der die Regionen mit Sonderstatut zwar nicht berührt, jedoch eine Anpassung ihrer Statuten erforderlich macht. Österreich – das ja eine Schutzfunktion ausübt – wird über unsere Zustimmung oder Ablehnung dieser Statutenänderung informiert. Ich persönlich bin skeptisch, ob das so einfach zu realisieren ist, und habe etwas Sorge, weil Minderheiten in einem zentralistischen Staat noch nie profitiert haben.

Frage:

Kann das Zusammenleben in Südtirol Beispiel für andere Staaten sein? Haben da schon andere Krisenregionen dieser Welt bei Ihnen um Rat nachgefragt?

Antwort:

Wie vorhin ausgeführt, ist Südtirol nicht „das“, sondern „ein“ Beispiel, wie man Minderheitenprobleme lösen kann. Es vergeht selten ein Monat, ohne dass Menschen aus verschiedenen Regionen Europas und der ganzen Welt nach Südtirol kommen und das Land als Beispiel studieren wollen oder mich als Referenten für Vorträge anfragen. Natürlich gibt es überall andere Voraussetzungen, so dass jede Region ihre eigenen Lösungen finden muss.

Frage:

Welche Empfehlungen würden Sie aus Ihrer Sicht Angela Merkel für eine neue Amtszeit geben?

Antwort:

Angela Merkel ist, wie auch andere deutsche Politiker, ein häufiger Gast in Südtirol. Das freut uns natürlich, weil das ein positives Licht auf uns wirft – vor allem für die italienischen Augen. Ich kenne sie von persönlichen Treffen und bin sehr froh, dass sie erneut kandidiert. Sie ist sehr für ihre Flüchtlingspolitik kritisiert worden, aber dass es Solidarität braucht, wird hoffentlich niemand leugnen. Auch wir in Europa werden teilen müssen. Ich kenne niemanden in der deutschen Politik, der sie wirklich ersetzen könnte. Niemals würde ich es mir erlauben, ihr einen guten Rat zu geben.

Frage:

Wird Ihr Plädoyer für die Regionen in Brüssel gehört?

Antwort:

In Brüssel werden so viele Probleme behandelt, dass die Probleme mit rein internen Interessenlagen einzelner Länder wenig in den Fokus geraten, so lange sie keine EU-Rechte verletzen. Das heißt: Frankreich – ein Land, in dem Regionen keine Rolle spielen – wird genau wie Italien behandelt, wo die Regionen eine größere Rolle spielen. Der jeweilige Staat ist für die EU der Vertragspartner – ob dieser die Zuständigkeiten einzelnen Regionen überträgt, ist ihm selber überlassen. Südtirol beispielsweise kann EU-Richtlinien direkt übernehmen und ebenso in Brüssel Projekte einreichen.

Frage:

Haben auch die Basken schon einmal bei Ihnen angefragt?

Antwort:

Natürlich sind sowohl die Basken wie auch die Katalanen bei uns und ich dort gewesen. Wie bereits betont: Die Regelungen erfolgen immer unter anderen Voraussetzungen und in Verhandlungen mit dem jeweiligen Staat. In diesem Falle ist statt einer Autonomie eine Souveränität das Ziel – und das ist eine ganz andere Bedingung.

Wir in Südtirol arbeiten weiter daran, die uns durch das Pariser-Abkommen zugesicherte und vor der UNO hinterlegte Selbstverwaltung Richtung Vollautonomie auszubauen. Es gibt die Gruppe der „Freiheitlichen“, deren Ziel ein eigener Staat ist. Ich halte das für unsinnig: Wer auf der Welt würde uns denn dabei unterstützen? Die „Südtiroler Freiheit“ verfolgt mittels Referendum die Absicht, wieder zu Österreich zu gehören. So lange aber Italien die in den Pariser Verträgen garantierte Autonomie einhält, wäre eine solche Lösung auf diplomatischem Wege unmöglich und nicht einmal Österreich würde diesen Weg unterstützen, um seinerseits nicht vertragsbrüchig zu werden. Als Lösung könnte ich mir eine Bildung von Makroregionen vorstellen, d. h., eine Umwandlung der heutigen Grenzregionen in neue Regionen.

Frage:

In Westeuropa gilt ja die Freizügigkeit. Kann sich also jeder Italiener in Südtirol niederlassen?

Antwort:

Es hat verschiedenen Vorstöße gegeben, die Niederlassungsfreiheit als Verstoß gegen das EU-Recht durchzusetzen. Unsere geplanten Regelungen zur bevorzugten Anstellung von Südtirolern im Öffentlichen Dienst wurden von der EU zwar gekippt, wir konnten aber eine verbindliche Zweisprachigkeit als Zugangsvoraussetzung festlegen. Dieser Proporz wurde von der EU zum Schutz der Minderheiten akzeptiert. Die Freizügigkeit stellt für uns insofern keine Problematik dar.

Frage:

Ihre Amtszeit war stark von dem Prozess der Globalisierung geprägt. Wie hat sich das ausgewirkt? Sind die immer größer werdenden Freiheiten auch eine Gefahr für den Erhalt der Autonomie?

Antwort:

Die Globalisierung ist nicht aufzuhalten. Aber der Werdegang und die Herkunft lokaler Produkte und Kreisläufe haben in den letzten Jahren erneut eine große Bedeutung gewonnen. Zwar haben wir in Südtirol auch international agierende Konzerne, die davon profitieren, ihre Waren auch beispielsweise in China anzubieten. Der Großteil der Produkte aber wird in kleineren, lokalen Kreisläufen abgesetzt – vor allem, was die landwirtschaftlichen Produkte angeht. Wir können die Globalisierung nicht aufhalten, wohl aber darauf achten, dass die kleineren Absatzwege erhalten bleiben.

Frage:

Sie sind Mitglied des Autonomiekonvents, der sich mit den Möglichkeiten einer progressiven, dynamischen Weiterentwicklung auseinandersetzt. Das wird teilweise arg-

wöhnlich beobachtet. Was ist an der Südtiroler Autonomie noch optimierbar oder sind sie mit dem Erreichten zufrieden?

Antwort:

Eine Autonomie kann immer nur in ihrer jeweiligen Zeit „optimal“ sein und es gilt, ständig an ihr zu arbeiten. Ich habe vorhin die Liste mit 33 weiteren Verbesserungswünschen genannt. Die Entwicklung eines Rentensystems ist nur eines dieser vielen Themen.